

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkundigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußklasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40	Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1	Schluß der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreigespaltene Weltzeile oder deren Raum berechnet
--	---	---

Die Arbeiterinternationale und die Friedensbestrebungen.

Von August Winnig.

Vor der Abstimmung über den letzten Milliardenkredit gab der sozialdemokratische Abgeordnete Oberl eine Erklärung ab, in der er mit Bedauern feststellte, daß bei den maßgebenden Arbeiterorganisationen der feindlichen Länder noch immer keine Bereitschaft vorhanden sei, in Gemeinschaft mit den deutschen Arbeitern das Friedensverbot zu fördern. Diese Feststellung entsprach vollkommen den Tatsachen.

Wenige Wochen zuvor hatte im Westminsterpalast in London eine Konferenz der englischen Arbeiterpartei stattgefunden, an deren Zusammenkunft man einige Hoffnungen geknüpft hatte. Es verlaute dort, diese Konferenz werde den Burgfrieden kündigen. Daraus wollte man folgern, daß die englischen Arbeiter nunmehr zu einer selbständigen Kriegspolitik übergehen würden. Das hat sich als ein Verstummen herausgestellt. Die sogenannte Kündigung des Burgfriedens, die dort in der Tat beschlossen worden ist, bedeutet nur, daß die Arbeiterpartei hinfort bei allen Parlamentswahlen eigene Kandidaten aufstellen wird. Dieser Beschluß hat keinerlei symptomatische Bedeutung, sondern hängt mit der innerpolitischen Lage Englands zusammen. Der Krieg hat das dort bisher herrschende Zwei-Parteien-System erschüttert. Der gegenwärtige Führer der Regierungsgewalt, Lloyd George, ist zwar aus der liberalen Partei hervorgegangen, sieht sich bei seiner Politik aber längst nicht mehr auf die alte liberale Partei, sondern auf eine neue Mehrheit, die sich aus imperialistisch gesinnten Liberalen und Konservativen (um diese aus vertrauten Parteibezeichnungen beizubehalten) gebildet hat. Die alte historische Parteibezeichnung ist also durch die Kriegsfraße verdrängt worden und besteht nicht mehr. Neue Parteibezeichnungen sind im Entstehen begriffen. Da ist es erklärlich, wenn sich die Arbeiterpartei bei diesem Prozeß nicht an die Seite stellen, sondern durch Aufstellung eigener Kandidaten ihre Sache vertreten will. Das ergibt sich um verständlicher, als man für den Herbst mit Voraussicht zum Parlament rechnet.

Daß die englische Arbeiterpartei nicht die geringste Aussicht hat, in der ferneren Zeit des Krieges: Bestätigung oder Kampf bis zum letzten? eine neue Entschloßung zu treffen, das ging aus dem Verlauf der Konferenz mit aller Deutlichkeit hervor. Sondern, der mandamental internationalistische Umwandlungen hat, erklärte sie der Begründung des Antrages, den Burgfrieden zu kündigen, daß diese Absicht bei der Regierung auf keinen Widerstand stoße — man hielt es also für nötig, den Delegierten die Gewißheit zu geben, daß durch die Annahme des Antrages keine Zerstückung des bisherigen engeren Verhältnisses zur Regierung zu besorgen sei. Man hatte zu dieser Konferenz einige neuartige Sozialisten eingeladen. Erwartung, der schwedische Parteiführer mit ausgeprägtem entente-freundlicher Gesinnung, war erschienen; dagegen hatte der Holländer Troelstra von der englischen Regierung keine Einreiseerlaubnis erhalten. Inwiefern, weil er deutschfreundlicher Gesinnung verdächtig ist und vor der Konferenz mit deutschen Mehrheitssozialisten konferiert hatte. Die Konferenz konnte sich nicht einmal zu einem Prozeß gegen diese Parteiverweigerung aufschwingen. Wogegen überführte sie Stevens, der plötzlich auf der Konferenz auftauchte und über das Wiedererlangen des Auflandes in den Krieg sprach, mit Weisheitsworten. In den Reden wurde das Ziel der Fortschrittlichkeit des Krieges bis zum Wiedererwerb der Neutralität gefordert.

Wenig — über die Abschaffung des Verständigungs-gedankens durch die Vereinerung der englischen Arbeiter sich der Verlauf dieser Konferenz nicht den geringsten Zweifel. Dieser Umstand läßt jede Hoffnung auf eine Annäherung der Arbeiterorganisationen zum Zwecke der Friedens-anbahnung als recht verwehrt erscheinen. Denn England ist das Kraftzentrum der feindlichen Mächteverbindung, und jede Friedensaktion, die nicht auch England erfasst, kann nicht zu dem erstrebten allgemeinen Frieden führen. Wären wir selbst mit der französischen und italienischen Arbeiterpartei völlig einig, so läge dazu gewiß ein erheblicher Fortschritt des Friedensgedankens, aber ein Ende des Krieges könnte daraus allein noch nicht kommen. Denn weder Frankreich noch Italien sind vollständig Herr ihrer Sandlungen. Beide sind vollständig von dem England abhängig, das die Zentrale beherrscht, auf dem diese Zentren

die Zufahren an Lebensmitteln und Stoffen erhalten müssen. Darum können sie keine Politik ohne oder gar gegen England treiben. Das würden sie erst später einmal können, wenn sich das Mächteverhältnis auf See einmal gründlich ändern sollte. Für die Gegenwart scheidet diese Möglichkeit aus.

Trotzdem ist es nicht gleichgültig, wie sich die Arbeiterpartei in Frankreich und Italien zum Friedensgedanken verhält. Ein mutiges Bekenntnis ihrer Organisationen zum Ausgleichsrieden könnte nicht ohne einige Wirkung auch auf die englischen Arbeiter wirken. Gehen sich diese mit ihrer internationalen Haltung völlig isoliert, so müßte wahrscheinlich die Frage in einer Annäherung an den Gedanken des Verständigungsfriedens bestehen, von der allerdings noch immer ein weiter Weg bis zu einer solchen Politik übrig bliebe, die auch die englische Regierung zum Einlenken zwingen könnte. Wenn man aber vier Jahre lang auf das Durchbrechen des Verständigungsgedankens gewartet hat und sich sagen muß, daß der Krieg noch weitere zwei, drei oder vier Jahre dauern kann, dann darf man auch vor solch langwierigem Wege nicht zurückweichen.

Unzweifelhaft lenken sich da unsere Blicke auf die französische Arbeiterpartei. In der hier gegebenen Bewegung kommt ihr die größere Bedeutung zu. Die italienische Arbeiterpartei ist trotz ihrer niemals Kriegspolitiker gewesen. Sie hat gelassen unter freudigen Entschloßungen gelitten und hat unter dem Druck dieser Not in einigen Großstädten rebelliert. Sie ist häufig niedergebunden worden. Die Gewerkschaften haben sich danach noch mehr zurückgezogen als vorher. Die sozialistische Partei aber hat, als die Offensiv im vorigen Herbst heranzubraute, eine Schwärzung vollzogen und durch den Mund ihrer ersten Männer ein warmherziges Bekenntnis zum Vaterlande abgelegt. Nach dem Scheitern der letzten österreichischen Angriffsbewegung dürfte diese Stimmung noch härter geworden sein.

Aber wie das auch sein mag — aus allgemeiner-politischen Gründen kommt der Haltung der italienischen Arbeiterpartei bei weitem nicht die Bedeutung zu, wie wir sie von den Verhältnissen der französischen Arbeiterpartei erwarten. Wohl in keinem anderen Lande hat sich die Arbeiterpartei so begeistert und so rüchlos um die Sache ihres Landes gefehert, wie gerade in Frankreich. Aber gerade eine solche Intensität nationaler Erhebung bietet nach einer so langen Zeit härter und härtester Kränkungen dem Aufkommen einer ruhigen realpolitischen Betrachtungsweise günstige Vorbedingungen. Ein solches Bewußtsein ist in Frankreich seit mehr als einem Jahre im Werdenden. Das beweisen die vielen politischen Prozesse und die sonstigen Unterdrückungs-maßnahmen der gegenwärtigen Regierung. Das beweist auch die grundsätzliche Bereitschaft der französischen Gewerkschaftsleitung zu einer Aussprache mit den Arbeitervertretern der Zentralmächte. Wir erinnern uns, daß die französischen Gewerkschaften auf einer Konferenz, die sie am Weihnachtstag 1916 in Paris abhielten, nach dem Bericht eines schweizerischen Vertreters diese Bereitschaft erklärt haben. Es ist trotzdem zu keiner Aussprache gekommen, weil die französische Regierung die Pässe zur Reise nach Bern verweigerte. Die Gewerkschaften haben zwar gegen die Parteiverweigerung protestiert, aber sonst weiter keine Folgerungen aus diesem Verhalten der Regierung gezogen.

Unverkennbar Jahre sind seitdem ins Land gegangen. In dieser Zeit haben die Kriegführenden Mächte unerschütterliche Opfer an Menschenleben und Wohlstand bringen müssen. Wohlwollend hat Frankreich die größten Opfer gebracht, sicherlich aber hat es zu keinem Zeitpunkt auf den Opfern aufzuweisen zu tragen. Dieser Umstand kann auf das Denken der Volksmasse nicht ohne Einfluß bleiben. Nach so langem, vergeblichem Ringen um den vollen Sieg können solche Opfer nicht geeignet sein, die nationalen Leidenschaften aufzuspornen, sie können nur ein Anlaß sein, die Gedanken auf die Frage des Friedens hinzulenken.

Daß diese Schlussfolgerung berechtigt ist, beweist der Umstand, daß sich die Leitung der französischen Gewerkschaften in den letzten Monaten viel einbringlicher als früher mit der Friedensfrage beschäftigt hat.

Auch in der französischen Arbeiterbewegung besteht eine Stimmung, die mit der Haltung der offiziellen Organe unzufrieden ist und eine radikalere Politik verlangt. In den Gewerkschaften hat sich ziemlich früh herausgebildet. An ihrer Spitze steht der Statistiker Vericat, den die Zeit-nahme unserer Leipziger Verhandlungen persönlich kennen,

da er dort den französischen Bruderverband vertrat. Seine fortgesetzte Propaganda führte zu starken Spannungen in der Confederation und gipfelte schließlich in einem Kongress der opponierenden Organisationen, der die Gründung einer neuen Gewerkschaftszentrale vorbereiten sollte. Die Beteiligung war jedoch für ein solches Wagnis zu schwach und die Abspaltung wird darum wahrscheinlich unterbleiben. Die Stellung der Opposition in der Friedensfrage ist etwa die der russischen Bolschewiki: Erhebung des Proletariats in allen Ländern und Befreiung der bürgerlichen Regierungen.

Es soll hier merkwürdig bleiben, in welchem Zusammenhange diese Haltung der französischen Opposition mit den Ideen steht, die vor dem Krieg in der französischen Gewerkschaftsbewegung herrschten. Der Krieg hat eben das Verhältnis der Arbeiterklasse zu den übrigen Teilen der nationalen Gemeinschaft in ein neues Licht gerückt und die französischen Gewerkschaften haben daraus die gleichen Schlussfolgerungen gezogen, wie wir selbst. Wir müssen aber ausprechen, daß wir von der Opposition in den französischen Gewerkschaften keinen unmittelbaren Gewinn für die Sache des Friedens erwarten können. Die Aufgabe der Arbeiterklasse in dem Kampfe für den Frieden ist so groß, daß sie von Minoritäten und Außenparteiern nicht gestört werden kann. Die Arbeiterorganisationen müssen vor allem ihre Einheit bewahren, wenn sie sich nicht von vornherein jeden Einfluß auf die Gestaltung der Dinge verhergen wollen. Die Rolle einer solchen Opposition kann nur die eines Mahners sein. Sie kann den Prozeß der geistigen Stärkung beschleunigen helfen, aber auch das nur dann, wenn sie bei ihrem Kampfe gegen die alten Anschauungen sachlich bleibt und das Zusammenarbeiten mit der Mehrheit niemals unmöglich macht.

Daß die französische Opposition in diesem Sinne gewirkt hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Dagegen ist es eine unüberwindliche Tatsache, daß der Gedanke eines Zusammenwirkens der Arbeiter aller Länder zugunsten eines Ausgleichsriedens in den leitenden Kreisen der französischen Gewerkschaften Boden gewonnen hat. Vielleicht hat die Opposition diesen Vorgang gefördert. Dann wäre damit ihre Mission erfüllt, und sie täte gut, ihren Kampf gegen die Mehrheit einzustellen.

Als ein zuverlässiges Zeugnis für den Fortschritt des Friedensgedankens in der französischen Gewerkschaftsbewegung dürfen wir die Kundgebung betrachten, mit der die Leitung der Confederation Ende Juni hervorgetreten ist. Diese Kundgebung ist das erste offizielle Bekenntnis zum Verständigungsrieden, das aus der französischen Arbeiterwelt zu uns dringt. Der Raum verbietet es uns, sie im Wortlaut abzuwandern. Die Kundgebung beginnt damit, daß es die Lage des Landes jetzt der Confederation zur Pflicht mache, ihre Stimme zu erheben. Eine Atmosphäre festerer und festerer Berücksichtigung habe die Sorgen der Arbeiter mit höchstberechtigter Befürsichtigung bedrückt. Widerspruchsvolle Gerüchte hätten im Volke Glauben gefunden und ungestüme Bewegungen entsetzt. Die Confederation habe die Gefahr einer solchen Lage gefühlt und darum wiederholt die öffentliche Beseitigung der Friedensbedingungen der Regierung gefordert. Leider habe man mit beräuhlichen Schweigen oder mit allgemeinen Redensarten, wie „Unser Ziel ist ein gerechter und dauerhafter Friede“, darauf geantwortet. Man wolle mehr darüber wissen. Aber während man nähere Erklärungen verweigert habe, hätte man erfahren, daß man anzeigensichere Pläne fördere und es absichte, sich an Friedensverhandlungen zu beteiligen, ja, daß man Friedensanbahnungen sowohl dem Volke wie dem Parlament veranschauligen habe. Die Kundgebung nennt dies Vorgehen unzulässig und befürchtet davon üble Nebenwirkungen. Um diesen Nebenwirkungen zu begegnen, habe der Arbeiterbund (die Confederation) das Recht in Anspruch genommen, das Werk der Arbeiterdiplomatie durch Teilnahme an internationalen Konferenzen zu vollbringen. Dies Recht, das anderen Teilen der Nation zugestanden worden sei, habe man den Arbeitern verweigert. Indessen hätten sich die Ereignisse überstürzt und die Lage verschlechtert.

Die Confederation verlange, daß der Friedensvertrag allen Völkern Unabhängigkeit und Freiheit bringe, jeden Militarismus und Imperialismus beseitige und die Befreiung der Nationen herbeiführe. Hätte die offizielle Diplomatie diese inneren Gedanken der verbundenen Mächte vertreten, so hätte das, in Verbindung mit einer internatio-

nalen Aktion der Arbeiter in den Entente-Ländern, einen sympathischen Widerhall bei den Vätern der Mittelmächte gefunden und die Stunde des Wölferfriedens wäre nähergerückt worden. Dann hätte man wenigstens die Lage geklärt und die Verantwortlichkeit für die Fortdauer des Krieges festgestellt. Zu diesen diplomatischen Bestrebungen militärische Bestrebungen hinzuzufügen, die ihren Widerhall in der Masse gefunden hätten. So herrsche Ungewissheit und diese werde vergrößert durch das Unverständnis eines autoritätssüchtigen Unternehmertums. Die Ungewissheit, welche Rolle die Arbeiterorganisationen in Zukunft spielen sollten, diese nicht mehr fortzuwahren. Im Namen der Arbeiterklasse verlange die Confederation, daß die Regierung jetzt die Wahrheit über ihre Kriegsziele sage, damit den Vätern der Entente Veruhigung werde. Die Regierungen müßten sich über die Entschlüsse von Clermont-Ferrand und London ausdrücken. Im Namen der Millionen Arbeiter an der Front und im Hinterland verlange die Confederation, daß Friedensvorschlüsse, gleich, woher sie kämen, nicht ungenützt verwerfen würden, die Regierung solle alle Gelegenheiten ergreifen, um die Sprache der Vernunft und des gesunden Menschenverstandes hören zu lassen. Die Arbeiterklasse wolle nicht, daß die Stunde des Friedens, wenn sie komme, unerkannt vorübergehe. Die Confederation setze ihr Recht, in voller Freiheit an der internationalen Aktion der Arbeiterklasse teilzunehmen. Die Stunde sei gekommen, wo man der Arbeiterklasse vorbehaltlos das Recht zuerkennen müsse, über die Angelegenheiten der Nation mitzureden. Nur unter diesen Bedingungen könne das Land vor den schmerzlichen Katastrophen bewahrt werden. Zum Schluß befand sich die Kundgebung noch einmal zu den Entschlüssen von Clermont-Ferrand und London, von denen sie behauptet, daß in ihnen die Grundzüge des Friedens enthalten seien.

Man muß bei dieser Kundgebung beachten, daß sie nicht das letzte, sondern das erste Wort französischer Arbeiter über einen Verständigungsfrieden ist. Sie bezieht sich wiederholt auf frühere Beschlüsse, die man mit den Engländern zusammen zur Friedensfrage gefaßt hat. Die Beschlüsse von London bilden die bekannte Kriegsgeldbeschrift der Ententegegnerschaften vom Februar dieses Jahres, die der Abgeordnete Hermann Müller in Heft 14 der "Neuen Zeit" freilich bezweifelt hat. Diese Kriegsgelder sind nun freilich von einem wirklichen Ausgleich der widerstreitenden Interessen noch sehr weit entfernt, und wenn man annehmen möchte, daß sie das letzte Wort der Franzosen darstellen, so wäre die ganze Frage der internationalen Friedensarbeit damit in verneinendem Sinne abgetan.

Es liegt aber kein Grund vor, das anzunehmen. Jede Arbeiterklasse betrachtet die Friedensfrage zunächst vom Standpunkte ihres Landes. Es kommt darauf an, in Rede und Gegenrede diese Einzelfragen durchzusprechen und die äußersten Forderungen festzustellen, die jedes Volk um seines Lebens willen festhalten muß. Kommt es erst einmal zu einem solchen Gedankenaustrausch, so beginnt bei allen Nationen eine Neuorientierung in den Friedensfragen. Die Völker wandeln heute alle in einem bunten Zaal. Sie erschauern alle nur das, was die Vereinigten Staaten mit ihren Wünschen alle Friedensarbeit der Arbeiterklasse muß zunächst mit einer unmittelbaren Aussprache von Mund zu Mund beginnen. Die Zeit dazu ist gekommen. Die Völker beurteilen heute Kriegs- und Friedensfragen zum guten Teil anders als im ersten Kriegsjahr. Man muß ein Ende schaffen, wenn nicht für alle Völker mehr verloren gehen soll, als selbst der allergünstigste Friede ihnen geben kann.

Es fehlt in der französischen Arbeiterbewegung nicht an Personen, die heute noch jeden Gedanken der Annäherung an die andere Seite mit brennender Leidenschaft besäßen. Aber diese Richtung scheint doch in den Gewerkschaften nicht oder nur äußerst schwach vertreten zu sein. Sie findet sich in einem Teil des französischen Sozialismus, braucht also nicht gerade ein Ausdruck von Besinnungen zu sein, die in der Arbeiterbewegung mächtig wären. Der französische Sozialismus ist weit weniger Arbeiterfrage und viel mehr von kleinbürgerlichen Intuitionen beherrscht als der Sozialismus irgendeines anderen Landes. Für diese Richtung ist ein Aufbruch bezeichnend, der vor ganz kurzer Zeit in dem Organ der rechtsstehenden Sozialisten, in der "France Libre", erschien. Wenige Sätze mögen jene Tendenz angeben:

"Unser Einspruch gegen Stockholm war eine heilsame Aktion. Stockholm! Ein deutsches Mandat, eine deutsche Fülle, die ganze Doppeltungigkeit der deutschen Sozialdemokratie vereinigt mit den Betrügereien der deutschen Regierung. Stockholm! Das ist die ganze Verlogenheit und Verfaßtheit des neutralistischen Sozialismus, der Vorgehens und Zwischens, diesen Intelligenzkräften des alldeutschen Imperialismus! Stockholm! Das wäre der Versuch mit den Vertretern der Menschheit! Zum Glück ist Stockholm nur noch eine traurige Erinnerung. Aber die Konferenz ist noch nicht tot. Sie schließt um uns herum, wie ein bössartiges Tier. Es ist unsere Pflicht, es zu töten. Keine internationalen Konferenzen, sondern den Krieg!"

Demgegenüber nimmt das Blatt der französischen Arbeiterbewegung, "Populaire", einen andern Standpunkt ein. Um die gleiche Zeit sagt dies Blatt:

"Jetzt, nach vier Jahren, können alle Spekulationen über die Vergangenheit (über die Schulfrage, d. B.) nicht mehr das Geschehene verhindern. Nur eine Frage beschäftigt jetzt das menschliche Gewissen: die Frage des Friedens. Nur die Aktion für den Frieden sollte und könnte nicht nur alle Proletarier, sondern alle guten Menschen um sich fassen."

So gärt und brodel es in der Gedankenwelt der französischen Arbeiter. Es ist ganz klar, wohin hier die Entwicklung führen muß. Die Zukunft gehört der Vernunft, dem Menschheitsgedanken, dem erlösenden Frieden. Wir glauben fest daran, daß dieser Gedanke in der französischen Gewerkschaften seine schon eine Macht geworden ist, die zur Tat drängt.

Während wir diese Zeilen schreiben, tagt in Frankreich der Kongreß der Gewerkschaften, der erste seit Kriegsbeginn. Es ist wohl zu erwarten, daß man dort auch die Frage der Friedensanbahnung besprechen wird. Alles, was man wünschen kann, ist zunächst ein Ausdruck des Willens der französischen Arbeiter, mit ihren Kameraden der anderen Seite zusammenzukommen und diesen Willen auch gegen den Widerstand der Regierenden durchzusetzen. Das wäre die konsequente Fortsetzung der Politik, auf die man mit jener Kundgebung begonnen hat. Das wäre noch nicht viel, aber es wäre doch immerhin ein Anfang.

Der wegen des knappen Raumes vergrößerte Abdruck des Artikels erlaubt es, ihm noch ein Wort über den Verlauf des französischen Gewerkschaftskongresses anzufügen. Soweit die öffentlichen Nachrichten über die gepflogenen Debatten einen Schluß zulassen, erstreckt sich die Inanspruchnahme mit der Kriegspolitik der Regierung auf den allergrößten Teil der organisierten Arbeiter. Die Richtung, die sich etwa mit den oben zitierten Äußerungen der "France Libre" deckt, hat anscheinend nicht einmal genaug, sich zu ihren Anhängern zu bekennen. Aber auch die Richtung, die sich etwa in der "Widerzeit" gebildet hat, die Masse der Kongreßteilnehmer nimmt einen Standpunkt ein, der sich etwa mit dem der deutschen Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Bewegung deckt. Sie bekennen sich zur Verteidigung des Vaterlandes gegen jedwede Vergeßlichkeit und Verhöhnung. Aber sie ist zugleich Gegner jeder Vergeßlichkeit anderer Völker und erstrebt daher einen Frieden des Ausgleichs, den sie heute auf dem Wege der Verhandlungen für erreichbar hält.

Einen Frieden um jeden Preis lehnt die große Mehrheit des Kongresses ab; aber sie fordert in einer Entschlüsselung "einen allgemeinen demokratischen Frieden ohne Annexionen, mit Selbstbestimmungsrecht der Völker, Wiederherstellung der Unabhängigkeit und territorialen Unverletzlichkeit der besetzten Länder, keine Kriegsverpflichtung, kein Wirtschaftsbündnis nach dem Krieg, Freizügigkeit der Waren und Bewegungen, internationales Schiedsgericht, Gewaltlosigkeit der Nationen". Für diese Entschlüsselung stimmten 908 Delegierte, dagegen 233, während 46 sich der Stimme enthielten.

Diese Friedensforderungen sind, wie alle solche Erklärungen, ziemlich allgemein gehalten. Es kommt sehr darauf an, was man sich im einzelnen dabei denkt, wo man diesen und jenen Grundsat auf die zur Entscheidung stehenden praktischen Fragen angewandt wissen will. Darüber muß, wenn man zu einer gemeinsamen Arbeit für den Frieden kommen will, Klarheit geschaffen werden. Eine solche Klarheit ist nur durch unmittelbaren Meinungsaustausch herbeizuführen. Die Entschlüsselung der Franzosen müßte darauf Wirkung haben, wenn man dort nicht auch bereit wäre, an internationalen Zusammenkünften mit den Arbeitervertretern der feindlichen Länder teilzunehmen und sich das Recht jeder Teilnahme gegebenenfalls auch gegen die eigene Regierung zu erkämpfen. Anders als aus den Verhandlungsberichten den Eindruck, als sei diese Bereitschaft jetzt vorhanden. Das Regierungssystem Clemenceaus hat die Arbeiter in eine scharfe Oppositionstellung getrieben, so daß ein Stämpf um die Auslandsplätze auf die Unterstützung der breiten Massen rechnen dürfte.

Der Wert des französischen Gewerkschaftskongresses besteht darin, daß er einen solchen Stämpf und als besten Frucht das Zusammenkommen einer internationalen Zusammenkunft in den Bereich der Möglichkeit gerückt hat. Wir hatten es für selbstverständlich, daß die Leitung der deutschen Gewerkschaften dieser neuen Entwicklung in Frankreich ihre volle Aufmerksamkeit widmet und keine Gelegenheit vorbeigehen läßt, um das Zusammenkommen der Arbeiterinternationalen und auf dieser die Arbeit für den Frieden zu fördern.

Berichte.

Gesellschaft. Die fortwährende Preissteigerung fast aller für den Lebensunterhalt notwendigen Bedarfswaren hat zur Folge, daß die Kaufkraft des Geldes immer geringer wird. Die Differenz zwischen Arbeitslohn und wirklich notwendiger Lebensbedürfnisse hat bereits eine Höhe erreicht, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch weiter Arbeiterkreisen herbeigeführt wird, wenn nicht bald eine Besserung der Verhältnisse eintritt. Zu den Arbeiterkreisen, die mit am schwersten unter dem durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen zu leiden haben, gehören die Bauarbeiter. Wohl ist der Lohn im Baugewerbe um 40 % die Stunde erhöht worden; aber angesichts der außerordentlich verteuerten Lebenshaltung ist diese Lohnerhöhung nicht mehr zu ertragen vermogen und der Zusammenbruch der Arbeiterkraft ist unausweichliche Folge sein wird. Die ungemaine Anjähmung der Kraftstoffpreise und die große Ertragslosigkeit zeigen die Verfallsstufen dieser Lebensarbeit. Die möglichst schnelle Beseitigung unserer Volkswirtschaft nach dem hoffentlich bald kommenden Friedensschluß, die Erhaltung der Weltbevölkerung unter dem Druck unserer Industrie auf dem Weltmarkt bedingt aber die

Erhaltung unserer wirtlichen Arbeiterkraft, wenn unser Konsumvergnügen auf dem Weltmarkt erfolgreich sein soll. Die mögliche Schonung der Arbeiterkraft muß deshalb beachtet werden. Mit diesen Fragen beschäftigte sich am 28. Juli unsere Bezirksvereinsversammlung. Nach längerer Aussprache wurde einstimmig beschlossen, den Vorstand zu ersuchen, unverzüglich Schritte einzuleiten, um durch Tarifverhandlungen eine erhebliche Erhöhung des Lohnes und eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen. Die Versammlung wurde der Meinung, daß mit dem Tarifverhandlungen nicht bis zum Oktober gewartet werden darf, da die Verhältnisse eine frühere und möglichst schnelle Erhöhung bedingen. Die Versammlung ergriff die Bestimmung der Arbeitszeit als unumgänglich notwendig. Wird diese von der Unternehmern nicht zugestanden, so ist die Frage zu prüfen, ob die weitere Verknüpfung des Tarifvertrages noch lebensfähig ist.

Mainz. Nach den getroffenen Vereinbarungen war am 1. April allen Bauarbeitern eine Lohnerhöhung von 5 % zu zahlen. Infolge hier auf Kriegsgeldwerten beschafften Holzpreisen hatten vorher einen um 5 % höheren Lohn als die Kollegen auf anderen Arbeitsstellen. Die Unternehmer der Kriegsgeldwerten leisteten sich deshalb, am 1. April die 5-%-Zulage zu zahlen. Sie rechneten die schon vorher gezahlten 5 % einfach als Zulagezulage auf, obwohl dies gegen die Bestimmungen der Tarifverträge verstößt. Auf Antrag des Vorstandes wurde am 12. Juli das Tarifamt in Frankfurt am Main, daß die aufgerechneten 5 % vom 1. April an nachgezahlt sind. Am 26. Juli fand darauf eine Versprechung der Unternehmer und Arbeitervertreter statt, bei der letztere beantragten, daß den Arbeitern, die vor ihrem Kriegsausbruch eine andere Bauartelle beordert wurden, kein Lohnabzug gemacht werden darf, da die Vereinbarungen an getrennte Stelle gefaßt, daß ein Lohnabzug nach dem 10. Dezember 1917 unzulässig ist. Die Unternehmer erklärten sich nur bereit, den Lohnabzug an den Kriegsgeldwerten rückgängig zu machen. Man ist folgendes Verhältnis eingetreten: Wird ein Mann oder Hilfsarbeiter von einem Kriegsausbruch nach einer Stillarbeit oder einer anderen Bauartelle geschickt, so wird ihm dort der Lohn um 5 % gekürzt. Am 30. Juli beschäftigte sich mit diesen Dingen eine sehr gut besuchte Bauarbeiterversammlung, in der die Frage, ob die Bauarbeiter der Unternehmern die Erhöhung der Löhne beantragten. Sie stellte sich in der Versammlung heraus, daß die Erzeugung unserer Kollegen über die Lohnfrage sehr groß ist. Alle Disziplinierungsbedenken erklärten, daß sie sich einen Lohnabzug angeheißt der immer höher steigenden Geldwerten vorzuziehen nicht erlösen können. Die Versammlung forderte die Hauptversammlung auf, sofort mit den Unternehmern vorzugehen, damit die Lohnabzüge nicht durchgeführt werden. Weiter wurde beantragt, den Vorstand zu ersuchen, sofort Schritte zu unternehmen, damit an getrennte Stelle eine Abrechnung der Löhne, die in einem Verhältnis zu den enorm hohen Preisen der Lebensmittel und Bedarfsartikeln stehen, bewirkt wird. Der Vereinsvorstand beabsichtigt, dem Wunsch der Kollegen Rechnung zu tragen.

Vorübergehender Ausfall der „Oswiata“.

Die Generalkommission gibt bekannt, daß die „Oswiata“, das Blatt der polnisch sprechenden Gewerkschaften, infolge Einziehung des Redaktions-Gesellschaften, vorübergehend ausfallen werden. Falls die erhobene Beschwerde gegen die Einziehung keinen Erfolg haben sollte, wird die Generalkommission einen in Berlin wohnenden Gesellen vertretungsweise mit der Führung der Redaktionsgeschäfte beauftragen und das Blatt in Berlin drucken lassen. Bevor es wieder erscheinen kann, werden alle Hefen einzeln bezogen werden. Unsere Veranlassungen, die das Blatt für unsere polnisch sprechenden Mitglieder beziehen, wollen das zur Kenntnis nehmen.

Ein provozierendes Verhalten.

Bekanntlich hat das Tarifamt am 15. November 1917 entschieden, daß allen Bauarbeitern, die in der Stadtgemeinde Köln wohnen und außerhalb arbeiten, das Mittagegeld zu vergüten ist. Zu den Unternehmern, die dieser Entscheidung nicht anerkennen, gehören die Baufirmen Ringartz & Hering, die in Annapol Arbeit ausführen. Die Firma Ringartz ist nun auch vom Landgericht Köln zur Zahlung des Mittagegeldes verurteilt worden. Sie mußte ein einzelne Arbeiter über 100 nachzahlen. Am 10. Juni nun in Zukunft von der Vergütung des Mittagegeldes werden zu können, hat sie jetzt den Arbeitern bekanntgegeben, daß sie die Vergütung hin auf der Vergütung des Mittagegeldes bestehen, den Arbeiter erhalten. Dasselbe Verfahren wendet die Firma Heinrich Glöckler in Annapol an. Es handelt sich bei beiden Firmen fast ausschließlich um zeltartige Arbeiter, wenn freie Arbeiter, die in Köln wohnen, gehen nicht nach Annapol, weil sie dort täglich noch und von der Bauartelle vier bis fünf Stunden auf den Weimen sein müssen, ohne dafür eine Vergütung zu erhalten. Der Kölner Schlichtungsausschuß hat zwar den Annapol arbeitenden Kölner Arbeitern eine Stunde Wegevergütung zugesprochen, aber diese Firmen scheinen auf die Schritte des Schlichtungsausschusses. Wie die Dinge liegen, ist für die rekrutierten Bauarbeiter der Abschlüssen gleichbedeutend mit dem Bestellungsbestell. Denn wenn ein Rekrutierter die Arbeit verweigert, dann entscheidet das Generalkommando darüber, ob die neue Arbeit ebenfalls freigegeben ist wie die alte, und wenn das nach Ansicht des Generalkommandos nicht der Fall ist, dann wird der Mann eingekerkert. Die Firmen müßen in unerwarteter Weise die Zwangslage der rekrutierten Arbeiter, die sich nicht wehren können, aus. Würde man militärischen Arbeiter annehmen, unter Tarif zu arbeiten, sämmt hätten sie solchen Firmen die Frauen vor die Füße geworfen. Die Rekrutierten können das nicht ohne Schaden, die erwarnten deshalb von der Kriegsmilitärische Göttern und vom stellvertretenden Generalkommando des 8. Armeekorps, daß sie gegen derartige Willkürmaßnahmen der Unternehmern mehr als bisher vorgehen werden. Die Stimmung der durch bedrückte, unzureichende Vergütung noch weiter zu verschärfen.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Befestigungsergebnis vom 29. Juli.

Auch an diesem Abtage war wieder eine Steigerung der Arbeitslosen festzustellen, und zwar von 82 auf 102. Das Verhältnis der ersten Mitglieder vom Herbst an letzten Abtage betrug 0,18. Eine kleine Zunahme hatten die Bezirke Gln, Hamburg, Hofstadt, Leipzig, München und Nürnberg. Deutlich hatte die Abtage keine Arbeitslosen. Berlin hatte dieselbe Anzahl von Arbeitslosen wie am Abtage vorher, und Bromberg, das am vorigen Abtage nicht berichtet hat, hatte dieses Mal einige Arbeitslose. Der Bezirk Bremen hat nicht berichtet. 10 Bezirke hatten keine Arbeitslosen.

46 Arbeitslose empfingen Arbeitslosenunterstützung, gegenüber 36 in der Vorwoche; vom Hundert der Mitglieder 0,06, am Abtage vorher 0,04. Somit hat die Zahl der Unterstützten zugenommen.

Table with columns: Bezirk, Zahl der Angehörigen, Zahl der Arbeitslosen, etc. Lists various districts like Königsberg, Bromberg, etc.

Ist die Teuerung eine Folge der Lohnverhöhnungen?

„Es nützt ja doch nichts. Wenn die Arbeiter mehr verdienen, wird auch wieder alles teurer.“ So hört man oft sagen, nicht nur von Unternehmern und Inorganisierten, sondern auch von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Es kürzlich Arbeiter der Reichsanstalt eine Erklärung der Teuerungszulagen verlangten, meinte der Vertreter der Firma vor dem Schlichtungsausschuss; durch die höheren Löhne würde ja doch alles teurer, und so würde ja doch alles beim alten. Man könnte danach glauben, daß die Teuerung eine Folge der Lohnverhöhnungen ist. Diese Ansicht ist natürlich verkehrt. So oft wir Lohnforderungen gestellt haben, haben wir sie mit der Teuerung der Lebensmittel und Verbrauchsartikeln begründet. Und das mit Recht. Als im Jahre 1914 der Weltkrieg begann und eine große Arbeitslosigkeit eintrat, wurden die Löhne der Angestellten, Dienstboten und Arbeiter vielfach stark herabgesetzt, trotzdem die Teuerung schon sehr stark eingetreten war. Auch im Bauwesen war das der Fall, besonders dort, wo keine starke Organisation vorhanden war. Ich erinnere nur an die Schandtafel im „Grundstein“. Als die Arbeitslosigkeit nachließ und die Arbeiter eine Erhöhung der Teuerungszulagen überstiegen, kamnten die Arbeiter ihre Löhne wieder etwas erhöhen. Wäre es mit dem Arbeitsmarkt anders gewesen, so wären die Löhne noch mehr gesunken, trotzdem alles im Preise stieg. Sind denn nun die Teuerungszulagen o r der Teuerung schuldig worden? Nein, erst war alles zuerst im Preise gefallen, und erst, als es nicht mehr anders möglich war, mußten sich die Arbeiter und Unternehmer bequemen, ihren Angestellten und Arbeitern, wenn sie überhaupt arbeiten sollten, höhere Löhne zu zahlen. Also nicht durch die „höhen Löhne“ ist alles teurer geworden, sondern infolge der geringeren Teuerungszulagen wurden die Arbeiter höhere Löhne verlangt. Es werden das noch weiter müssen; denn die Preise für alles, was der Arbeiter zum Leben nötig hat, sind noch immer stark im Steigen. Auch wir Bauarbeiter müssen ja infolge der Teuerung wieder wegen einer neuen Teuerungszulage an die Unternehmer herantreten. Wir tun das nicht, weil voraussichtlich alles teurer wird, sondern weil seit der letzten Zulage die Mieten, die Lebensmittel, Mehl, Schuhe, alles, alles, in unvorstellbarer Weise im Preise gestiegen ist, so gestiegen ist, daß wir es heute trotz der 10 % vom Dezember und der 5 % vom April viel leichter stehen als im Vorjahre, und erst recht als heute in Friedenszeiten. Auch damals waren die Preissteigerungen nicht auf die Lohnverhöhnungen zurückzuführen. Der Zolltarif vom Jahre 1902, die indirekten Steuern, die Abgaben an die Staats- und Kirchenämter, die Lebenshaltung der Arbeiter in den letzten 20 Jahren so richtig verteuert haben, das alles war auch gekommen, wenn wir heute noch denselben Lohn hätten wie vor 20 Jahren. Wenn wir keine Organisation hätten, würde der Lohn 1914 nicht höher gewesen sein als 1900, trotzdem die Lebensmittel durch Steuern, Zölle und Abgaben im Preise gestiegen waren. Gegenwärtig können wir es ja sehen, warum alles teurer wird: an den Millionen neuer Steuern auf Kaffee, Tee, Bier, Mineralwasser, Post und Wechsel, an den Millionen gewonnen kapitalistischer Gesellschaften, an der Reichsmünzübernehmung der Randwirtschaf. So ist es die letzten

25 Jahre gegangen; immer wieder neue Steuern auf Lebens- und Genussmittel sowie auf alle Verbrauchsartikel haben die Lebensweise so verteuert und nicht die hohen Löhne der Arbeiter. Darum müssen wir überall der Ansicht entgegenstellen, als wenn die Preissteigerung eine Folge der höheren Löhne wäre. Wenn das richtig wäre, dann hätte ja unsere ganze Bewegung keinen Zweck. In der Kriegsteuerung sind unsere äußeren und inneren Feinde (sahd, alle diejenigen, die aus dem Hunger und Stend ihrer Millionen Kapital schlagen.

Christian Fröhlich, Gln a. M.

Holierer und Steinholzleger.

Bremen. Am 3. September 1917 wurde für das Holziereverbe die erste Teuerungszulage vereinbart. Es war für eine aufstündige Gehalt zu zahlen: vom 1. Oktober an 1. November auf M 1,50 und vom 15. Dezember 1917 bis 30. Juni 1918 auf M 2,50. Die Landzulage wurde erhöht: am 1. Oktober von M 3,50 auf M 4, am 1. November auf M 4,50 täglich. Dann hieß es in diesem Abkommen weiter, daß, wenn die Teuerung voraussichtlich über den 1. Juli 1918 hinaus anhalten sollte, dann vor dem 1. April weitere Forderungen gestellt werden müßten, widrigenfalls dieses Abkommen noch für ein weiteres Jahr Gültigkeit habe. Wir haben dann am 12. März dieses Jahres den Firmen die Forderung unterbreitet, die Landzulage am 1. Juli 1918 auf M 4 auf M 7 zu erhöhen. Am 19. März erhielten die Firmen um eine mündliche Ausprospe. Wir erklärten uns hierzu sehr bereit, doch fanden die Verhandlungen durch Verhinderung der Firmen zunächst nicht statt. Am 12. April erhielten wir von den Firmen die Mitteilung, daß sie sich auf demselben Stande in einem Bezirkeverband des Wirtschaftsbundes des Holziereverbes in Deutschland und des Herz Zoos Timmes als Geschäftsführer mit den Verhandlungen beauftragt sei. Nach mehreren Verhandlungen mit Herrn Timmes erhielten wir am 29. April vom Wirtschaftsbund des Holziereverbes in Deutschland, G. D. (Sitz Berlin), folgende Erklärung: „Der am 27. September 1917 gefällte Tarifvertrag bleibt bis zum 30. Juni in Kraft. Die Firmen gewähren den Arbeitnehmern mit Wirkung ab 1. Juli 1918 eine um M 1,20 erhöhte Teuerungszulage von M 3,70 für den Tag. Ferner wird die Landzulage von M 4 auf M 7 erhöht.“ Am 10. Mai wurde über diese „Vereinbarung“ wieder mit Herrn Timmes verhandelt. Er bestand auf dem 30. Juni als Abflußtermin, wie auf dem letzten 30. September. Timmes ließ sich auf eine angebliche Erklärung des Holziereverbes gegenüber ihrem Bezirksverband, Herrn Schwartz, worin Papelow in diesem Sinne ein Eingehändnis gemacht hätte, stellen. Es stellte sich nachher heraus, daß eine solche Erklärung des Holziereverbes nicht vorlag. Weitere Verhandlungen mit Herrn Timmes waren ebenfalls ergebnislos. Am 13. Juni wurde uns von der Organisation der Firma mitgeteilt, daß sich ihre Mitglieder nicht entschließen konnten, unsern Vorschlag anzunehmen und daß sie darauf bestanden, daß der Vertrag, wie er von dem Wirtschaftsbund vorgezeichnet war, unterzeichnet werde. Da inzwischen die Teuerung eine ungeheure Höhe erreichte, nodmen unsere Vertreter nachsehen zu dem ganzen Verlauf der langen Verhandlung Stellung, und beschloßen, nunmehr folgende Forderung dem Wirtschaftsbund zu unterbreiten: 1. Erhöhung des Stundenlohnes mit Teuerungszulage auf M 1,00. 2. Erhöhung der Auszahlung von Bremer Ring auf M 2,00. 3. Erhöhung der Auszahlung der Auszahlung für die Maschine bis 10 km Entfernung auf M 3,50. 4. Erhöhung der Auszahlung für die Fernzone auf M 7,50. 5. Erhöhung der Zuschläge für Kaffee, Kaffeeanlage und Teezeren auf 20 % für die Stunde. 6. Erhöhung der Zuschläge bei Schiffen auf Schiffen um 10 % in Schichten auf 20 % für die Stunde. 7. Erhöhung der Zuschläge für Kaffee- und Kaffeeanlagen sowie Teezeren auf Schiffen 30 % für die Stunde. Dieser Tarif läuft bis zum 30. September 1919. Am 15. Juni ging uns abermals ein Schreiben des Wirtschaftsbundes zu, worin wiederum der 30. Juni als Abflußtermin anzuweisen war und in dem unter anderem die Wünsche des Wirtschaftsbundes waren. Am 30. Juli teilten wir mit, daß für uns, solange der alte Vertrag existiere, nur der 30. September als Abflußtermin in Frage kommen könne, daß wir aber nicht gewillt seien, die übrigen am 1. Juli gestellten Wünsche anzunehmen zu lassen, weshalb wir weitere mündliche Verhandlung in Aussicht nahmen. Diese fand am 24. Juli statt. Das Ergebnis waren folgende unterbreitende Vorschläge der Firmen: Es soll den Holziereern gewährt werden eine Teuerungszulage von M 4 für den Tag, eine Erhöhung der Zulage von M 1 für den Tag, eine Erhöhung der Zulage von M 2 für den Tag, eine Erhöhung der Zulage von M 4 für den Tag, eine Erhöhung der Zulage von M 3 für den Tag und Zulage für Kaffeeanlagen auf Schiffen 30 %. Douer dieser Vereinbarung bis 30. September 1919. Diese Vorschläge Himmeln wir zu. Schriftlich blieb nur, ob 3,70 und die genannten Zulagen zu zahlen seien. Am 27. Juli wurde uns dann vom Wirtschaftsbund mitgeteilt, daß die Verammlung der Firmen alles abgelehnt habe und daß es bei dem alten Zustand bis 15. Juli bleiben müßte. Hierbei ist zu bemerken, daß im ganzen nur vier Firmen in Frage kommen; zwei haben daran in der Verhandlung gesehen, so daß bestimmt nur Annahme in ihrer Verammlung gesehen werden mußte. Als sich nun die Holziere so geangenehm gefühlt haben, stellen sie am 1. August einmütig die Arbeit ein. Am 3. August kam es endlich nach verschiedenen telefonischen Unterhandlungen zu einer mündlichen Ausprospe. In dieser wurde noch längen Hin und Her den Vorschlägen vom 24. Juli wieder Geltung verschafft, und man einigte sich auf folgenden Grundzüge: Vom 1. Juli an wird eine tägliche Teuerungszulage von M 3,85 gegeben. Schichtzulage 75 % Zulage, Holzzulage M 2, Fernzulage von M 2 für den Tag, und 7 % Zuschlag unentgeltlich auf den Tag. Während der Vertragsdauer im Bauwesen noch zu vereinbarenden Teuerungszulagen treten mit dem gleichen Datum auch für das Holziereverbe in Kraft. Der Vertrag läuft bis zum 30. September 1919. Am 5. August wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Internationale Bauarbeiterbewegung.

Konferenz des französischen Bauarbeiterverbandes. Die Aprilnummer des Organs des französischen Bauarbeiterverbandes gibt in ausführlicher Weise Bericht über die zweite Kriegskonferenz des Verbandes. Aus dem Vorstandsbericht zu dieser Konferenz entnehmen wir, daß einige Streiks stattgefunden haben, an denen der Verband beteiligt war. So der Streik der Schiffszimmerer in Marseille, der Maler in Paris wie auch der große Demonstrationstreik im Loirebecken. Häufig mußte der Verband eingreifen, um die Anerkennung der amtlich festgesetzten Lohnlisten für Kriegsbauten durchzusetzen. Beklagt wird, daß andere Verbände Bauarbeiter als Mitglieder aufnehmen. Einige Ortsvereine sind in Bezirken, wo durch den Krieg das gewerkschaftliche Leben ganz eingeschlagen war, wieder erwacht. Wie schon früher aus andern Gegenden, wird aber gemeldet, daß die Organisation als Branchenorganisation neu entstanden ist, daß sie also nicht mehr wie vor dem Kriege unterchiedslos alle Bauarbeiter umfaßt. Die Verbandsleitung will vorläufig in diese Entwicklung nicht eingreifen und sich die endgültige Regelung der Zeit nach dem Kriege vorbehalten. — In der Diskussion über den Vorstandsbericht kam es wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Mehrheit und Minderheit über die Kriegspolitik des Verbandes. Im französischen Gewerkschaftsbund steht der Bauarbeiterverband zur Mehrheit, und diese Haltung wurde der Verbandsleitung von der Minderheit schwer angekreidet. So viel man von außen beurteilen kann, scheint es als wenn die Opposition seit der letzten Konferenz im Juli 1917 zugenommen hat. Vorgeworfen wird der Mehrheit vor allem, daß sie nicht energisch auf internationale Annäherung der Arbeiterorganisationen aller Länder hinarbeitet und für den Frieden wirke. „Es ist notwendig, daß das Morden endlich ein Ende nimmt“ rief der Vertreter von Paris aus. Der Vorstandsbericht wurde schließlich mit erheblicher Mehrheit angenommen.

Die Konferenz befaßte sich weiter mit der Abhaltung eines Verbandstages. Sie beschloß die Einberufung eines solchen für Juli 1918, nach vorheriger Abstimmung mit dem angeschlossenen Ortsvereinen. Infolge der steigenden Verteuerung der Lebenshaltung wurde das Gehalt der Sekretäre von Fr. 360 auf 460 monatlich erhöht. Kollege Picart entwickelte kurz die Leitsätze eines wirtschaftlichen Programms, mit dem sich der Verbandstag noch beschäftigen wird. Infolge des Krieges mit seinen ungeheuren finanziellen Lasten sei eine wirtschaftliche Umwälzung unvermeidlich. Mehrere Lösungen seien möglich. Eine kapitalistische mit Trusts, Kartellen und deren Beherrschung alles wirtschaftlichen Lebens, oder die staatssozialistische mit Staatsmonopolen. Damit könne sich aber die Arbeiterklasse nicht befrieden. Für sie bedeute beides erhöhte Abhängigkeit. Sie müsse deshalb durch ihre Gewerkschaften darauf dringen, selbst mit an der Erneuerung des wirtschaftlichen Lebens zu arbeiten und teilzunehmen an der Verwaltung der Produktion. Die Bodenschätze des Landes, seine Wasserkraft usw. sollen der privatkapitalistischen Ausbeutung entzogen werden und durch neue Gesellschaften in den Besitz der Allgemeinheit übergehen. In der industriellen Verwaltung dieser Gesellschaften sollen Erzeuger und Verbraucher vertreten sein. Picart verlangt weiter den Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung, Fortführung der Volksbildung in Volksschule, Fortbildungsschule unter weitgehendster Berücksichtigung eines praktischen und theoretischen gewerblichen Unterrichts, Ausbau und Vervollkommnung der sozialen Versicherungsanstalten usw. Die Konferenz billigte die Umrisse dieses Programms und beschloß, es auf dem nächsten Verbandstag zu diskutieren. wd.

Gewerkschaftliches.

Die sich abhaltende Verbandstag der Schiffmacher wurde vom 8. bis 12. Juli in Würzburg in Anwesenheit von 28 Delegierten, Bezirksleitern und Verbandsmitgliedern abgehalten. Im Vorstandsbericht, den der Verbandsvorsitzende Simon anstellte, betonte dieser, der Vorstand habe in den beiden Berichtsjahren eine Fülle von Arbeit geleistet, wie selten in einer Geschäftsperiode. Der aufgetragenen Aufgabe entsprechende Arbeit wurde geleistet. Der Abschluß der Reichstagsverträge für Militärpflichtige und für Zivildienstpflichtige habe große Arbeit beansprucht. Die Vorbereitung der Reichstagsverträge betrage 10 bis 150 Pfd. Der Reichstagsverträge durch die Annahme des Tarifes der Holzgen einen großen Dienst erwiesen zu haben. Es müsse versucht werden, das Ergebnis auch für den Frieden hochzuhalten. In der Diskussion über den Geschäftsbericht gipfeln die Redner fast nur auf die abgeschlossenen Reichstagsverträge ein. Es wurde anerkannt, daß sie für einen großen Teil Kollegen Vorteile gebracht haben, aber auch Nachteile, die Tarifrechten nicht das, was die Arbeiter haben müßten; die festgesetzten Löhne entsprächen nicht den heutigen Verhältnissen. In einzelnen Orten hätte man durch eine Separatbewegung mehr erreicht; nun sei man auf zwei Jahre gebunden. Der Verbandstag nahm dann einmütig zur Reichstagsfrage eine Resolution an, die betagt, daß der Verbandstag die Bedeutung der Reichstagsverträge für Zivildienstpflichtige für die gesamte Schiffindustrie voll und ganz anerkennet. Er erklärt darin eine geeignete Grundlage für die Zukunft, um die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen weiter zu vervollkommen. Die wichtigsten Grundzüge und Leitsätze entsprächen aber in vielen Fällen nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Er bedauert, daß keine weitere Vertiefung der Arbeitszeit erreicht und die Tarifrechten nicht geregelt werden ist. Der Verbandstag erachtet daher, daß bei einer Erneuerung des Vertrages die angegebenen Punkte berücksichtigt werden. Der Verbandstag erließte hierzu die Anträge, die die Spernung der Beiträge an die General-Fommmission verlangen. Damit verknüpft wurde die Stellungnahme zur Reduktion des Nachkasses. Zur Vermeidung der Anträge auf Spernung der Beiträge wurde auf die allgemeine Kriegspolitik der General-Fommmission,

auf ihren Beitritt zum Bund für Freiheit und Vaterland, die Teilnahme an der Aushändigung und die Herausgabe des Plünderes anlässlich der Berliner Straßensperren. Nach den Begründungen der Anträge kamen mehrere Delegierte zum Wort, die die Anträge aufs Schärfste bekämpften. Mit der Sperrung der Beiträge an die General-Kommission würde man der eigenen Organisation den größten Schaden zufügen. Die General-Kommission fügte nur die Beschlüsse der Vorstandskonferenzen aus. Der Anschlag an den Bund für Freiheit und Vaterland dürfe nicht begünstigt werden, die Beiträge zu sperren. Die Haltung des Adressbundes wurde von diesen Rednern scharf kritisiert. Das Verbandsorgan sei kein gewerkschaftliches Blatt mehr, sondern eine politische Zeitung, erfüllt von politischer Gesinnlichkeit gegenüber der anderen Richtung. Im Nachhinein müssten die Interessen der Gewerkschaften und nicht die einer Partei vertreten werden. Nachdem fast zwei Tage über diesen Punkt diskutiert worden war, lehnte der Verbandstag mit 18 gegen 10 Stimmen den Antrag auf Sperrung der Beiträge an die General-Kommission ab. Gegen zwei Stimmen wurde eine Resolution beschlossen, in der allgemeine gewerkschaftliche Grundsätze aufgestellt sind und die sich an die Adresse der General-Kommission richtet, ohne diese jedoch zu nennen.

Das Ergebnis der Statutenberatung war, daß der Verbandstag zunächst mit 14 gegen 9 Stimmen beschloß, die Beiträge nicht nach dem Verdienst festzusetzen, und mit 12 gegen 11 Stimmen bestimmte, es bei drei Beitragsklassen zu belassen. Damit war der Vorstoß des Vorstandes hinsichtlich der Beiträge und der Unterstützungen gescheitert. Der Verbandstag folgte dann bei der Festlegung der Beiträge und der Unterstützungen Berliner Anträgen. Die Beiträge wurden auf 50 % in der ersten Klasse, 70 % in der zweiten Klasse und 90 % in der dritten Klasse (bisher 50, 60 und 80 %) festgesetzt. Die Arbeitslosen- und Straßunterstützung wurde erhöht. Die Krankenunterstützung bleibt in der dritten Klasse wie bisher; sie wurde jedoch in der zweiten Klasse erhöht. Die Meistunterstützung wird in der gleichen Höhe gewährt wie die Arbeitslosenunterstützung. Langsam- und Sterbunterstützung bleiben wie bisher. Ein Antrag, über die Beitragszahlung eine Urabstimmung vorzunehmen, wurde gegen vier Stimmen abgelehnt. Die neuen Beiträge treten am 1. Oktober dieses Jahres, die erhöhten Unterstützungen am 1. Oktober 1919 in Kraft.

Der Verbandstag regelte dann noch die Geschäfts- und Revisionsverhältnisse der Angestellten. Die Angestellten, die vom 1. Januar dieses Jahres an eine Zeiterwerbszulage von 120 erhielten, bekommen vom 1. Juli an eine Zulage von 150 im Monat. Bezüglich der Unterstützung bei Invalidität und Todesfall von Verbandsangestellten wird festgesetzt, daß Angestellte nach fünfjähriger Dienstzeit bei Eintritt von Invalidität ein Ruhegeld in Höhe von 1800 zu gewähren. Im Falle des Todes steht der hinterbliebenen Ehefrau ein Viertelmonat von jährlich 1800 zu. Für die Kinder des verstorbenen Angestellten wird bis zum vollendeten 16. Lebensjahre ein Ruhegeld von jährlich 200 gemährt. Witwen- und Waisengeld dürfen in einem Jahre 1800 nicht übersteigen. Nach fünfjähriger Dienstzeit beträgt das Ruhegeld 2100 und nach zwanzig- und mehrjähriger Dienstzeit 2400. Die Unterstützung für die Ehefrau erhöht sich entsprechend. Beim Waisen des Angehörigen werden die von der Unterstützungsvereinigung und aus der Angestelltenversicherung gewährten Bezüge in Anrechnung gebracht. Der Verbandstag beauftragte ferner den Vorstand, Schritte zu unternehmen, daß unter Vereinfachung zur Nachvollziehung bei der Unterstützungsvereinigung die Bezüge auf Unterstützung der zum Exorzismus eingegangenen Mitglieder wiederhergestellt werden. Bei der Wahl des Vorstandes wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt, ebenso der Aufsichtsratsmitglieder und der Redakteur. Damit waren die Arbeiten des Verbandstages beendet.

Vom Bau.

Die Baumeister in Leipzig. Die Stadt Leipzig ist nicht in letzter Linie durch ihre Messen groß und berühmt geworden. Seit vielen Jahrhunderten hat es dort Messen gegeben, das heißt Ausstellungen von Kunstern, Modellen und andern Gegenständen, an Hand deren der Verkäufer die Bestellungen vom Einkäufer zur Richtung von der Fabrik oder vom Lager entgegennehmen kann. Die Leipziger Messe war vor dem Kriege von Kaufleuten und Industriellen aus aller Herren Länder besucht und besucht, und selbst während des Krieges hat die Bedeutung der Leipziger Messe nicht nachgelassen. Der Messerkehr wurde sogar gewaltig gesteigert. Setzen sich doch zur Frühjahrsmesse 1918 rund 3700 Ausstellerinnen ein und etwa 75 000 ausländische Besucher angemeldet. Der Gesamtbesatz der auf der Messe erteilten Aufträge belief sich auf rund eine Milliarde Mark. Das Bauwesen war bis jetzt an der Warenmesse, die die Leipziger Messe darstellt, nicht beteiligt. Aber gerade die Steigerung des Messerkehres während des Krieges verbunden mit der Warenknappheit und dem Rohstoffmangel, hat zu dem Entschluß geführt, die großen Vorteile, die bei Benutzung der Leipziger Messen verbunden sind, nunmehr auch dem Bau- und Wohnungsweisen nutzbar zu machen. So wird vom 25. bis 31. August dieses Jahres in Leipzig zum ersten Male eine Bau- und Wohnungs-Messe abgehalten. Diese soll umfassende Darstellung, Vertrieb und Verarbeitung jedes Bau- und Wohnungsbedarfs sowie Bauausführung und Baugestaltung. Am liebsten künstlerisch zu beeinflussen und Fälligkeit zwischen Messeländern, Bauwerkstätten und Lieferanten herbeizuführen, wird die Baumeister in einer Sonderabteilung vorbildliche Entwürfe und Modelle von Kleinwohnungsprojekten und Geschäftsbauplanen zur Ausstellung bringen. Die Baumeister steht unter Leitung des Messtamms, das aus Reichsmitgliedern unterteilt wird. Sie wird abgehalten im Messtempel „Baumeister“, Markt 8. Eine große Beteiligung an der Leipziger Baumeister ist zu erwarten.

Soziales.

Die Rückzahlung der Beiträge an die Militärenten. Die seit Wochen angehängten Zuschüsse zu den Militärenten sind nunmehr mit Wirkung vom 1. Juli 1918 in Kraft getreten. Die Zuschläge werden ohne weiteres gezahlt, eines Antrages bedarf es nicht. Sie werden 1. an alle Versorgungsberechtigten gezahlt, deren Ansprüche auf einen Zuschlag eine militärische Rente erworben haben. Die Zuschläge kommen nur für solche Personen in Betracht, bei denen mindestens ein Erwerbsunfähigkeit von 50 pSt. vorliegt, und zwar werden gewährt:

bis 50 pSt. bis auschl. 60 pSt. Erwerbsunfähigkeit	M. 120 jährl.
„ 60 „ „ „ 70 „ „ „ „	„ 180 „
„ 70 „ „ „ 80 „ „ „ „	„ 240 „
„ 80 „ „ „ 90 „ „ „ „	„ 300 „
„ 90 „ „ „ 100 „ „ „ „	„ 360 „
„ 100 „ Erwerbsunfähigkeit	„ 432 „

Die Empfänger bedingter Renten sind mit dem halben Betrage der Zuschläge abzuführen. Soweit sich unter den in Ziffer 2 genannten Personen solche befinden, die nach anderen Gesetzen als dem Mannichsicherungs-Gesetz 1906 abgesondert sind, gelten die gängigen Erwerbsunfähigkeitsätze 100 pSt. und die größtenteils Erwerbsunfähigen als 60% pSt. erwerbsunfähig; die teilweise Erwerbsunfähigen finden keine Berücksichtigung. Man dürfe nicht erwarten, daß die fünfjährigen Altersjahre bestehen sollen. Deshalb aber ist es doppelt beachtlich und den Intentionen des Reichsgesetzes nicht entsprechend, daß die Renten unter 50 pSt. keinerlei Erhöhung erfahren sollen. Die meisten Renten betragen sich unter 50 pSt., so daß die Mehrzahl der Rentenempfänger völlig leer ausgeht.

Bücher und Schriften.

Eigenschaften von Zampfen. Von M. Gari, Geheimen Regierungsrat und Abteilungsdirigenten im Königlich Preussischen Prüfungsamt, Berlin-Vierthel, und Professor M. Rudeloff, Direktor im gleichen Amt. Verlag Wilhelm Ernst & Sohn, Berlin W 68. Preis M 2.— Die Schrift enthält kurze Hinweise auf die wichtigsten Beobachtungen, die gewonnen worden sind bei den Versuchen, sichere Unterlagen für die zulässige Beanspruchung des Betons im Bauwerk zu gewinnen und die Beziehungen der Betonfestigkeiten untereinander festzustellen. Die Versuche sind im königlichen Materialprüfungsamt Berlin-Vierthel durchgeführt worden. Der ausführliche Bericht über diese Versuche fällt, wie der Herausgeber im Vorwort sagt, ein besonderes Buch von 167 Seiten.

Der Bau massiver Brückenpfeiler. Von Dipl.-Ingénieur J. S. F. G. Verlag von Wilhelm Ernst & Sohn, Berlin W 68. Preis gebunden M 4.50.— In diesem, mit etwa 70 Textabbildungen versehenen Buch hat der Verfasser die Arbeitsverhältnisse sowie die theoretischen Untersuchungen und Konstruktionen für den Bau massiver Brückenpfeiler mit Bezugnahme auf die Erfahrung behandelt. Er will, wie er in dem Vorwort sagt, damit die Sicherheit und Einfachheit dieser Gründungen herzustellen und für auch für andere schwierige Gründungen Bahn brechen. Die Schrift ist also für Techniker und Ingenieure bestimmt. Ihr Studium legt eine Reihe theoretischer Vorkenntnisse voraus. Dem theoretisch nicht vorgebildeten Maurer oder Bauhilfsarbeiter ist deshalb ihre Anschaffung nicht zu empfehlen.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Am 28. Juli bis 3. August haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptkasse gezahlt: Mittel 50,80, Weeslau 1835,55, Bonn 4390,00, Braunschweig 8,10, Bernau 106,10, Wodum 500, Galle a. d. Saale 292,80, Götting 11429,55, Götting 64,70, Eintracht 64,50, Götting 592,40, Hensburg 250, Freya 484,80, Friede 103,55, Groß-Bartenberg 7,50, Groß-Mitden 156,50, Gronau 143,70, Groß-Schönbeck 8, Seibelsberg 184,55, Hamburg 3000, Gagen 281,08, Ingolstadt 70, Baidin 100, Lübben 262,10, Lübbenau 8, Landsberg a. d. Warthe 493,80, Lohau 12,60, Mannheim 5725,50, Weymont 192,50, Stuttgart 2264,70, Siedelberg 237,0, Sachsig 11,55, Seebau 220,0, Seeburg 107,80, Samolwitz 47,30, Stablonendorf 27, Teichlin 106, Tönning 23,20, Treuenbrietzen 120,40, Leuzner 118,85, Todenort 4,80, Witten 900,45, Wittenberg 14,40, Wernigerode 306,30, Wintzen a. d. Luche 16,50, Wörlitz 12,20. Beitragsmängel: Götting 1 a. d. Grotz-Mitden 1,28, Gagen 5,40, Gagen 2,00, Gagen 1,00, Mannheim 18, Mitden 1,00, Götting 19,20, Stuttgart 4,80, Seeburg 1,00, Leuzner 1,20. — Ingenieurabteilung: Weeslau M 9,70, Götting 23,10, Götting 4,40, Gagen 8,20, Mannheim 93,80, Stuttgart 80. Der Vorstandsvorsitz.

Sterbekasse „Grundstein zur Einigkeit“ in Hamburg.

Allgemeine Bestimmungen über die Wiederherstellung der Mitgliedschaft auf Grund der Bundesratsverordnung vom 29. Dezember 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 1121).

§ 1. Die Mitgliedschaft nach dem 31. Juli 1914 aus der Sterbekasse „Grundstein zur Einigkeit“ in Hamburg ausgeschieden, so kann es nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen die Wiedererfassung in die vorgenannte Kasse verlangen.

§ 2. Die Wiedererfassung muß bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Beendigung des Krieges schriftlich beim Vorstand beantragt werden. Für Mitglieder, die durch Kriegsverluste an der Einzahlung der Beiträge verfallen sind, endet die Frist erst sechs Monate nach dem Bejahen des Hindernisses.

Beitritt ein Mitglied entgegen der Bestimmung des Absatzes 1 seinen Antrag trotzdem bei einer zeitlichen Verwaltungsstelle ein, so ist es das als seine Gestalt. In diesem Falle gilt als Tag der Abmeldung im Sinne des Absatzes 3 der Tag, an dem der Antrag bei der Verwaltungsstelle eingegangen ist; dieser ist auf dem Antrage zu vermerken.

Die Wiedererfassung erfolgt dem Tage der Abmeldung des Antrages an ohne Prüfung des Gesundheitszustandes. Erfolgt das Mitglied nach Abmeldung des Antrages, so gilt die Wiedererfassung als erfolgt.

§ 3. Am Falle der Wiedererfassung hat das Mitglied nachzugeben:

- die rückständigen Beiträge,
- die seit seinem Ausscheiden fällig gewordenen Beiträge,
- die beim Ausscheiden gezahlte Abgangsbetrag.

Auf Verlangen des Mitgliedes sind die nachgabenden Beiträge bis zu fünf Jahren zu funden. Der Vorstand legt die Höhe und die Fälligkeit der nachgabenden Beiträge fest.

§ 4. Die Wiedererfassung wird dem Mitgliede vom Vorstand schriftlich bestätigt.

§ 5. Das Mitglied die schuldischen Rückzahlungen trotz Aufforderung des Vorstandes nicht, so treten die in der Satzung vorgesehenen Folgen ein.

§ 6. Die Allgemeinen Bestimmungen finden, soweit sie günstiger sind als die Satzungen oder die bereits getroffenen Vereinbarungen, auch Anwendung auf solche Mitglieder, denen aus Anlaß des Krieges bereits Einzahlung oder andere Erleichterungen zugestanden worden sind. Genehmigt durch Versammlung vom 27. Juli 1918.

Das Kaiserliche Prüfungsamt für Privatversicherung. In Vertretung: G. Wagner.

Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach ihrem Tode Mitteilung gemacht wird. (Die Zeit vorher 15 Tage.)

München. Am 29. Juli starb unser langjähriger Kassierer Franz Müller im Alter von 62 Jahren an Wasserleiden. — Am 1. August starb der Kollege Hermann Pöschel (Maurer) im Alter von 79 Jahren an Blasenleiden.

Berlin. Am 24. Juli starb das Mitglied Heinrich König (Stuhlarbeiter) im Alter von 68 Jahren an der Ruhr. — Am 25. Juli starb das Mitglied Adolf Otto (Maurer) im Alter von 66 Jahren an der Brustkrankheit. — Am 26. Juli starb das Mitglied Fritz Wieke (Maurer) im Alter von 59 Jahren an Lungentuberkulose.

Braunschweig. Am 20. Juli starb unser langjähriger Mitglied Heinrich Hesse zu Pelheim a. d. Elbe an Lungenerkrankung. — Am 24. Juli starb unser langjähriges Mitglied Gust. Werner an Herzleiden.

Dresden. Am 7. Juli starb unser Mitglied Gustav Winkler (Maurer) im Alter von 44 Jahren an Lungentuberkulose. — Am 15. Juli starb unser Mitglied Max Kramke (Hilfsarbeiter) im Alter von 65 Jahren an Grippe. — Am 19. Juli starb unser Mitglied Wilhelm Sahre (Hilfsarbeiter) aus Niedersberg im Alter von 50 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 27. Juli starb unser Mitglied August Beck (Hilfsarbeiter) aus Pelheim im Alter von 68 Jahren an Arterienverkalkung.

Duisburg. Am 2. Juli starb unser Mitglied Math. Wandere (Maurer) an Kopferkrankung im Alter von 63 Jahren.

Gießen. Am 21. Juli starb unser Mitglied Johann Lehnartz (Hilfsarbeiter) im Alter von 46 Jahren an Lungenerkrankung.

Hannover a. M. (S. a. a. u.) Am 21. Juli starb unser neues Mitglied August Guilmann (Maurer) im Alter von 35 Jahren an Lungenschwundstich. — Am 29. Juli starb unser neues Mitglied Philipp Müller. — Als Opfer eines Straßenbahnunfalls starb am 31. Juli unser neues Mitglied Konrad Reuter.

Hildesheim. Am 28. Juli starb unser Kollege Karl Lorenz (Maurer) im Alter von 75 Jahren an Altersschwäche.

Leipzig. Am 25. Juli starb unser Kollege Emil Schellenberg (Maurer) im Alter von 42 Jahren an Brustkrankheit. — Am 2. August starb unser langjähriges Mitglied August Müller (Maurer) im Alter von 69 Jahren an Gehirnerschlag.

M. (M. a. g. a. b. o. v. a. u.) Am 27. Juli starb unser Mitglied Max Janusch (Maurer) im Alter von 33 Jahren an Herzleiden.

München. (G. r. a. d. i. e. r. e. b. e. n.) Am 18. Juli starb unser Mitglied August Hannemann (Maurer) im Alter von 68 Jahren und am 29. Juli unser Mitglied Karl Kleine (Maurer) im Alter von 62 Jahren an Blasenleiden. — Am 28. Juli starb unser Mitglied Arno Ernst (Hilfsarbeiter) im Alter von 84 Jahren an Lungenerkrankung.

Waltz. Am 28. Juli starb unser Mitglied Peter Schild (Maurer) im Alter von 61 Jahren an Lungentuberkulose.

Schwitz. Am 29. Juli starb der Junide Kollege August Hauswald (Maurer) im Alter von 70 Jahren.

Chre ihrem Andenken!

15 14 13 12 11 10 9 8 7 6 mikrosfilm service g. gutt KG esser + köln